



Die Heimatschutzdivision der Bundeswehr führt die Abfangdrohne vom Typ Falke A1 Argus Interceptor vor.

IMAGO

Schon wieder keine russischen Drohnen!

Aus Vermutungen werden Gewissheiten, aus anonymen Quellen Schlagzeilen:
Eine Abrechnung mit dem medialen Soundtrack der europäischen Aufrüstung

RUPERT KOPPOLD

Ich halte nichts davon, einen dritten Weltkrieg herbeizureden, erst recht nicht von Forderungen nach mehr Geld für die Rüstung der Nato. Aber die Gefahr, dass sich die Situation verschärft wie im August 1914, wächst von Tag zu Tag.

Helmut Schmidt am 16. Mai 2014

Politik und Mainstream-Medien in Deutschland haben sich zu einer Propagandamaschine verschweißt. Bei Drohnenflügen, Cyberangriffen, Sabotage und Anschlügen aller Art wird uns erzählt: Es war immer und überall der Russe. Alles, was nicht in die bellizistische Agenda passt, wird versteckt, verfälscht oder verschwiegen. „Spannung liegt in der Luft, es riecht gegenwärtig nach Krieg“, schreibt Heribert Prantl am 4. September 2026 in der Süddeutschen Zeitung. Er weist auf einen wenig bekannten – respektive: wenig bekannt

gemachten – Beschluss des Bundesgerichtshofs vom 16. Januar 2025 hin: Er schreibt: „Danach soll das Kriegsdienstverweigerungsrecht womöglich ausgerechnet im Falle eines Krieges nicht gelten.“ Prantl ist das friedliebende Feigenblatt einer bellizistisch gewordenen Zeitung, ein Mahner, der nicht verhindern kann, dass die Ankündigung, der Nato den Westfälischen Friedenspreis 2026 zu verleihen, in seinem Blatt beifällig kommentiert wird. Die Preisverleihung war vergangene Woche am 1. Oktober 2026 in Münster. Prantl merkt dazu an: „Das ist ungefähr so, als würde man die Metzgerinnung mit dem großen Vegetarierpreis auszeichnen.“ Inzwischen wird aus dem sich als „Friedensstadt“ bezeichnenden Osnabrück gemeldet, dass die Autoproduktion im dortigen VW-Werk auslaufen und der Standort schrittweise zu einem Zentrum für Sicherheits- und Verteidigungstechnik umgebaut

Journalisten leisten sich kaum noch Neutralität.

werden soll. Volkswagen, das Land Niedersachsen und Aurelius verständigten sich dazu am 7. September 2026 auf entsprechende Eckpunkte. Noch so ein Geschichtsdatum: Der 1. September ist der deutsche Antikriegstag. Er erinnert an den Überfall der Wehrmacht auf Polen im Jahr 1939. Am 1. September 2026 verkündet die Bundesregierung aber nicht Frieden, sondern schärfere Maßnahmen gegen Russland. Russland sei für den Drohnenvorfall am Leipziger Flughafen verantwortlich; überhaupt stecke es seit Jahren hinter Anschlügen, Luftraumverletzungen, Drohnenspionage, Cyberangriffen, der Kappung von Unterwasserkabeln und der Blockierung deutscher Autoauspuffe mit Bauschaum. Und Nord Stream? Nach Darstellung der Bundesanwaltschaft soll die Sabotage von einer Gruppe ukrainischer Staatsangehöriger verübt worden sein, die im Auftrag ukrainischer staatlicher Stellen gehandelt habe. Gegen einen mutmaßlichen Koordi-

nator wurde Anklage erhoben; ein rechtskräftiges Urteil steht noch aus. Die mutmaßlichen Nord-Stream-Täter allerdings, die nicht nur vom polnischen Regierungschef Donald Tusk, sondern auch von manchen deutschen Kommentatoren zu Helden erklärt werden – etwa im Spiegel am 2. Juli 2026 –, wollten vielleicht nur von einer geheimen Tauch-und-Spreng-Aktion der USA ablenken. Dies behauptet jedenfalls die amerikanische Reporterlegende Seymour Hersh in einem detaillierten, bei uns aber ignorierten oder verhöhnten Artikel. Hat unser großer Nato-Partner tatsächlich Deutschland attackiert? Nord Stream – ein Einzelfall? Es gibt doch so viele andere Fälle. Da muss doch etwas dran sein an den Verdächtigungen gegen Russland, oder? Schweden setzte 2025 das Schiff „Vezhen“ fest, nachdem ein Kommunikationskabel beschädigt worden war. Am 3. Februar 2025 musste die Tageschau allerdings melden, dass sich der Sabotageverdacht nicht bestätigt hatte.

Die schwedische Staatsanwaltschaft stellte fest, dass das Schiff das Kabel zwar beschädigt hatte, dies aber nicht vorsätzlich geschehen sei. Als Ursachen wurden schlechtes Wetter, technische Mängel und mangelhafte Seemannschaft genannt.

Die Washington Post titelte am 19. Januar 2025: „Unfälle, nicht russische Sabotage, stecken hinter den beschädigten Seekabeln, sagen offizielle Stellen.“ Nach der Untersuchung mehrerer Fälle sei dies unter amerikanischen und europäischen Geheimdiensten Konsens. Daraus folgt zwar nicht, dass jeder Kabelschaden ein Unfall war. Es hindert Politiker und Medien aber auch nicht daran, weiter von russischer Sabotage zu sprechen.

Der BR etwa erklärte am 4. Februar 2025: „Ein Beispiel: die sabotierten Ostseekabel. Um die Kommunikation zwischen Deutschland und seinen Nato-Partnern zu sabotieren, braucht es keine Raketenangriffe, es reicht ein Schiff, das mit seinem Anker ‚zufällig‘ ein Datenkabel durchtrennt.“ Bei diesen „hybriden Angriffen“ lässt sich eben auch ohne Beweise hemmungslos mutmaßen.

Aber nicht nur hier wird geraunt oder zitiert, ohne Quellen genauer zu benennen. Greifen wir den Seite-1-Aufmacher der SZ vom 28. August 2026 auf, überschrieben mit „CIA-Chef soll Russland gewarnt haben“. Als Quellen dienen Formulierungen wie: „hieß es in Medienberichten“, „sagt ein Diplomat in Brüssel“, „Sicherheitsexperten in Washington“, „Fachleute“, „unidentifizierte Personen“ oder „Sicherheitspolitiker in Brüssel“. „Ein wichtiges Merkmal hybrider Attacken sei stets, dass sie nur schwer einem Schuldigen zuzuordnen seien, sagt ein Diplomat.“ Und all diese Vagheiten in einem einzigen Artikel.

Haben sich Politik und Mainstream-Medien zu einer Kriegsvorbereitungsmaschine verbunden? Journalisten leisten sich kaum noch Neutralität. Sie fragen nicht, ob so viel Aufrüstung notwendig ist, sondern ob sie ausreicht. So will die ARD-Moderatorin Anna Engelke vom Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) zur Stationierung einer Bundeswehrbrigade in Litauen wissen: „Reichen 5000 deutsche Soldaten, um Russland abzuschrecken?“

Die SZ wiederum fragt am 2. und 3. Mai 2026 den Grünen-Vorsitzenden Felix Banaszak Antwortvorwegnehmend: „Russland rüstet seine Armee hoch, schickt Tötungskommandos, um deutsche Rüstungsmanager aufzuspüren, spioniert und sabotiert. Für wie gefährlich halten Sie die Lage – auch für Politiker?“

Schon wieder keine russischen Drohnen!

Der Spiegel vermutet am 2. Juli 2026: „Schattenflotte als mögliche Basis – Russische Drohnen sollen europäische Nuklearanlagen ausgespäht haben.“ Laut der Analyse eines Thinktanks spielten Frachter der Schattenflotte dabei eine entscheidende Rolle.

Der als Sicherheitsexperte vorgestellte Nico Lange wird von Tagesspiegel und SZ am 3. Juli 2026 mit den Worten zitiert: „Wir Deppen lassen die da gutmütig herumfahren.“ Das müsse verboten werden. In der Kieler Bucht wurde ein verdächtiges Schiff untersucht: Die Polizei traf auf eine siebenköpfige russische Besatzung – fand aber keine Drohne.

Macht nichts, es gibt ja so viele andere. AFP und dpa berichten am 25. März 2026, eine Drohne sei gegen den Schornstein des estnischen Kraftwerks Auvere geprallt. Sie sei aus dem russischen in den estnischen Luftraum eingedrungen.

Also der Bündnisfall? Nun ja: Die estnischen Behörden teilten später mit, dass es sich um ein fehlgeleitetes ukrainisches Flugobjekt gehandelt habe, mit dem Kiew russische Ziele angreifen wollte. Die Drohne sei nicht gegen Estland gerichtet gewesen. T-online titelte dennoch: „Einschlag auf Nato-Gebiet“.

Der Guardian berichtete am 7. Mai 2026 von Drohnen, die aus Russland kommend in den lettischen Luftraum eingedrungen und in der Nähe eines Öllagers abgestürzt seien. Allerdings könnten die Fluggeräte von ukrainischen Einheiten stammen und vom Kurs abgekommen sein.

Oder sind das keine irrtümlichen Abweichungen? Kürzen ukrainische Drohnen bei ihren Angriffen gegen Russland über Nato-Gebiet ab? Der russlandfreundliche Blog Anti-Spiegel meldete am 31. März 2026, Selenskyj habe sich bei Finnland für die Verletzung des finnischen Luftraums entschuldigen müssen. Für die weitergehende Behauptung, Polen und die baltischen Staaten hätten solche Überflüge genehmigt,

liegt allerdings keine belastbare unabhängige Bestätigung vor.

Ursula von der Leyen erklärte im Guardian vom 28. Mai 2026: „Wenn baltische Staaten getestet werden, wird ganz Europa getestet.“ Es handle sich um „eine absichtliche russische Strategie, unsere demokratischen Gesellschaften zu destabilisieren“. Dass einige Vorfälle auf fehlgeleitete ukrainische Drohnen zurückgeführt wurden, spielt in dieser Deutung offenbar keine Rolle.

Die niederländische Internetpublikation Dronewatch analysierte mehr als 60 europäische Drohnenvorfälle. Am 28. November 2025 kam sie zu dem Ergebnis, dass in den meisten Fällen nicht einmal bestätigt werden konnte, dass tatsächlich Drohnen geflogen waren. Belege für die Beteiligung eines ausländischen Akteurs hätten nahezu vollständig gefehlt.

Im Dezember 2025 stellte der AfD-Abgeordnete Gerold Otten dazu eine Anfrage an die Bundesregierung. Der Parlamentarische

Kürzen ukrainische Drohnen bei ihren Angriffen gegen Russland über Nato-Gebiet ab?

Staatssekretär Christoph de Vries antwortete am 12. Dezember 2025:

„Das Meldeaufkommen zu Drohnenüberflügen ist anhaltend hoch, aus der derzeitigen Informationslage lassen sich keine belastbaren und allgemeingültigen Aussagen ableiten [...] Eine Involvierung nachrichtendienstlicher bzw. ausländischer staatlicher Stellen bei einem nicht quantifizierbaren Teil der Drohnenüberflüge ist zu vermuten.“

Zu vermuten, klar. Also immer weiter die Drohnenhysterie anheizen. Die NZZ schreibt am 22. Mai 2026 über Vorfälle im dänischen Luftraum: „Die dänische Regierung hat bisher keine Beweise für einen Angriff mit Drohnen vorgelegt. Experten zweifeln an der Darstellung der Ereignisse. Doch genau diese Unsicherheit ist ein zentrales Merkmal des hybriden Krieges.“

Man kann also nichts wissen – und genau das ist der Beweis.

Auf dieser Grundlage also müssen wir zurückschlagen, wenn es nach dem EU-

Parlamentarier Manfred Weber geht. Er fragt bei Markus Lanz, ob Europa nicht in der Lage sein müsse, als Reaktion auf hybride Angriffe „mit Cyberangriffen mal für einen Tag die Moskauer U-Bahn stillzulegen“.

Oder wenn es nach Florian Harms geht, dem Chefredakteur von T-online. Am 11. September 2025 erklärt er: „Bei der nächsten Attacke schlagen wir zurück. Dann werden auch russische Kampffjets zum legitimen Ziel, die immer wieder den Luftraum über der Ostsee verletzen. Imperialistische Aggressoren, die über Leichen gehen, lassen sich mit Appeasement-Politik nicht eindämmen, das ist die Lehre aus den Jahren 1938/39.“

„Wie im Lehrbuch“

In der SZ schreibt Georg Ismar am 17. Juli 2026 über eine Waffenschau in der Ukraine: „Nirgendwo anders gibt es ein solches Testlabor für die Kriegsführung der Zukunft.“ Ein Testlabor mit lebenden Soldaten als Laborratten?

Aber Vorsicht mit der deutschen Drohnenabwehr! Die Fregatte „Hessen“, die 2024 im Rahmen der EU-Mission Aspides im Roten Meer und im Golf von Aden eingesetzt war, schoss erfolgreich zwei mutmaßliche Huthi-Drohnen ab. Zuvor hatte sie allerdings zwei Flugabwehrraketen auf die Drohne eines verbündeten Landes – offenbar eine US-amerikanische MQ-9 – abgefeuert und sie verfehlt. Marineinspekteur Kaack erklärte dazu laut Stuttgarter Zeitung vom 1. März 2024: „Da wurde wie im Lehrbuch vorgegangen.“

In der SWR-Landesschau vom 23. März 2026 wird über das Stuttgarter Grünen-Mitglied Konrad Walter berichtet, der in Kiew Drohnen baut und sie an die Front bringt. „Ich will auch Frieden. Und jetzt bauen wir diese Drohnen, um dem ein bisschen näher zu kommen“, sagt Walter. Eine befreundete Floristin habe ihr Blumengeschäft in einen Produktionsraum für Drohnen umgebaut. Flower Power.

Am 6. und 7. Juni 2026 meldet die Stuttgarter Zeitung kleinlaut, eine im rumänischen Hafen Constanța explodierte Seedrohne sei ukrainischen Ursprungs gewesen. SRF berichtet am 7. Juni 2026 von einer weiteren ukrainischen Seedrohne vor der griechischen Insel Lefkada.

Die Ukraine bestätigte demnach die Herkunft beider fehlgeleiteten Drohnen beziehungsweise entschuldigte sich dafür. Unbestätigten Medienberichten zufolge soll das ukrainische Militär von einer Basis in Westlibyen aus Seedrohnen gegen Schiffe der russischen Schattenflotte eingesetzt haben.

Die Stuttgarter Zeitung schreibt am 2. September 2026, mindestens 24 Schiffe türkischer Eigner oder mit türkischer Besatzung seien seit Juli im Schwarzen Meer beschossen worden. Nach Angriffen auf die „Lider Bordo Mavi“ und die „Lider Kocatepe“ bestellte die türkische Regierung den ukrainischen Botschafter ein. Türkische Diplomaten protestierten gegen die der Ukraine zugeschriebenen Angriffe. Die Ukraine attackiert also Schiffe eines Nato-Mitgliedstaats. Müsste da nicht der Bündnisfall ausgerufen werden?

Aber zurück zu den angeblichen russischen Drohnen am Leipziger Flughafen – einem Zivilflughafen, von dem aus westliche Rüstungsgüter in ukrainischen Maschinen Richtung Krieg geflogen werden. Da liegt doch ein Motiv nahe, da könnte es doch sein, dass die Bundesregierung tatsächlich recht hat, wenn sie Russland für die versuchte Sabotage verantwortlich macht. Aber was ist das schon wieder? Die Berliner Zeitung vom 8. September 2026 schreibt: „Ein ukrainischer Blogger stellt die deutsche Version des Leipziger Drohnenvorfalls infrage – Wo sind die Beweise für den Sprengsatz? Ein ukrainischer Journalist zitiert einen Flughafenmitarbeiter mit Zweifeln an der Leipziger Drohnenstory.“

Der Mitarbeiter, der anonym bleiben will, sagt, dass er bei der Drohne weder Zünder noch Sprengstoff wahrgenommen habe – die dann aber auf Fotos neben der Drohne zu sehen waren. Auch habe ihn irritiert, wie schnell Polizei, Feuerwehr, Bombenentschärfer, schweres Gerät und Fernsichtteams vor Ort gewesen seien. Er zweifle ...

Da fährt jedoch unser Bundesinnenminister Dobrindt dazwischen! Wer „ständig nach Beweisen ruft und dabei Belege bewusst ignoriert“, so wird er am 11. September 2026 von der Stuttgarter Zeitung zitiert, „zeigt keine gesunde Skepsis, sondern betreibt kranke Sabotage“.

Die Bundesregierung und unsere Mainstream-Medien haben gesprochen. Der Russe war’s, es muss zurückgeschlagen werden.